

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 5

SPD

Mai 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

wir erleben gerade eine anstrengende, ungewohnte Zeit und erleben, wie wichtig menschliche Nähe für uns alle ist. Selten habe ich soviel Lob für die Regierungsarbeit erhalten wie in diesen Wochen. Zuletzt vielleicht in den ersten Jahren der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Zugleich habe ich noch nie so viele Zuschriften von verunsicherten Bürgerinnen und Bürgern bekommen. Ich rede hier nicht von denen, die uns voller Überzeugung Verschwörungsgeschichten auftischen. Aber es ist spürbar, dass viele Menschen nicht mehr wissen, was sie glauben sollen bzw. können. Es ist dann gut, wenn ich mit meinem Team die Gelegenheit habe, die Fakten richtig zu stellen. Doch die Mehrheit der Menschen kommt vermutlich nicht auf die Idee, bei den politisch Verantwortlichen direkt nachzufragen. In Art. 21 GG wird den Parteien ein wichtiger Auftrag zugeschrieben: „Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Es ist eine der großen Herausforderungen für die Parteien, diesem Auftrag gerecht zu werden. Mit neuen Informationskanälen wirbt daher auch die SPD-Bundestagsfraktion. Interessant finde ich persönlich das Angebot des „[Faktenfunk](#)“, das über die SPD-Website abonniert werden kann. Die Informationen richten sich dabei ausdrücklich nicht nur an Parteimitglieder; also den Hinweis gerne weitergeben.

Doch trotz des Versuchs, uns alle möglichst rasch mit seriösen Informationen zu versorgen, tauchen ebenso schnell neue Brandherde auf. Aktuell besteht in Baden-Württemberg, aber ebenso in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, dringender Handlungsbedarf wegen der Bedingungen in den Schlachthöfen und Fleischfabriken. Hier leiden Mensch und Tier gleichermaßen unter verheerenden Arbeitsbedingungen und wegen des Versuchs, alles möglichst billig zu produzieren. Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir hier eingegriffen, um allerdings jetzt zu erleben, dass die Schutzregelungen durch den Einsatz von Subunternehmen massiv unterlaufen werden. Hubertus Heil wird daher noch in dieser Woche weitere Schutzvorgaben vorstellen. Bemerkenswert ist hier übrigens das Schweigen der Landesregierung, die nicht zuletzt für die Überwachung der Betriebe zuständig ist! Während die Grünen im Bund die Zustände laut beklagen, hören wir im Land weder einen Aufschrei vom Sozialminister Lucha, noch vom Ministerpräsidenten - und auch die CDU-Wirtschaftsministerin taucht hier ab. Ohne SPD in der Verantwortung werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schlicht allein gelassen!

Herzliche Grüße

Stuttgarts OB-Wahl

Am 8. November wählt Stuttgart seinen nächsten Oberbürgermeister. Wir haben mit Martin Körner einen in der Stadt bekannten Kommunal- und Finanzfachmann. Mit viel Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Bekannt ist er vor allem durch sein Ziel der „5-Minuten-Stadt“. Jede und jeder sollte in 5 Minuten die wichtigsten Anlaufstellen erreichen: Das Lebensmittelgeschäft, die Kita, den Postshop, die Haltestelle.

Jeden Montag Abend um 19 Uhr ist Martin Körner live auf [Instagram](#) oder man kann seinen Newsletter „Körner am Montag“ bestellen.

Ab Juni können je nach Lage eventuell wieder kleinere Veranstaltungen stattfinden. Martin Körner plant Stadtteil-Touren durch die Bezirke - daher kann man sich ab ca. 1. Juni auf seiner Homepage darüber informieren.

Ich möchte, dass in Stuttgart endlich wieder was voran geht. Tatkräftig. Ideenreich. Besonnen. Gut gelaunt. Wir und unsere Stadt haben Chancen und sollten sie vertrauensvoll dem in die Hände legen, der etwas daraus machen kann: Martin Körner.

Bessere Absicherungen für Kulturschaffende !

Kunst, Kultur und Medien haben eine enorme Bedeutung für eine lebendige Demokratie. Leider fallen viele Kulturschaffende nicht unter das Soforthilfeprogramm für „Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständige“. Das liegt vor allem an formal zu eng gefassten Voraussetzungen. Es wechseln sich freiberufliche Tätigkeit und kurze abhängige Beschäftigung in Kunst und Kultur oft ab. Das schafft aktuell bei den Soforthilfen und bereits seit längerem bei der Arbeitsförderung große praktische Probleme. Daher hat die SPD-Bundestagsfraktion die Krise zum Anlass genommen und schon lange bestehende Forderungen in einem [Positionspapier](#) zusammengetragen. Für bessere Absicherungen während und nach der Krise. Unser Koalitionspartner sträubt sich bislang noch, aber wir bleiben dran. Für den Erhalt unserer bunten Kulturlandschaft und natürlich für unsere kreativen Köpfe.

Online Veranstaltungshinweis: In die neue Zeit - Arbeitswelten

Was ist los mit der jungen Generation? Keine Lust mehr auf Karriere? Oder setzen sie nur nicht mehr alles auf eine Karte und stellen Job **und** Familie in den Mittelpunkt? Bisher ist Arbeit oft fremdbestimmt. Das wollen junge Menschen heute nicht mehr einfach so hinnehmen. In Zeiten, in denen Fachkräfte fehlen, neue Berufe entstehen und der technologische Wandel immer rasanter wird, wächst die Verhandlungsmacht gut ausgebildeter junger Menschen am Arbeitsmarkt.

Darüber diskutieren **Lars Klingbeil** und **Hubertus Heil** in der nächsten [Onlinekonferenz](#) am **27.Mai 2020, 11 bis 13.30 Uhr** mit weiteren spannenden Expert*innen (bitte bis zum Termin scrollen).

Bürger*innenanliegen

Zahlreiche Zuschriften haben mich in den letzten Wochen erreicht, die sich um die angebliche Impfpflicht und den Immunitätsausweis drehten. Ebenso viele Mails bekam ich zur humanitären Lage und medizinischen Versorgung von Geflüchteten auf den griechischen Inseln. Darüber hinaus interessierte die Stuttgarterinnen und Stuttgarter das Verbot der Konversionstherapien, der Abschaffung von Atomwaffen und die aktuellen Hilfen für Entwicklungsländer. Auch nach dem EU-Mercosur-Abkommen, der Stärkung der Integrität in der Wirtschaft, dem Digitalpakt des Bundes, den erhöhten Pflegekosten in Heimen und der Übertragung der Aufsicht über Finanzanlagenvermittler auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde gefragt.

Schutz vor Konversionsbehandlungen

Bereits 2013 hat der Weltärztebund gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) in einer Stellungnahme bestätigt, dass Homosexualität keine Krankheit ist und das entsprechend „Konversionstherapien“ strikt abgelehnt werden sollen.

Nun haben wir mit dem Gesetz zum „Schutz vor Konversionsbehandlungen“ die Durchführung von „Konversionstherapien“, auch „Homoheilungen“ genannt, bei Jugendlichen generell unter Strafe gestellt. Bei Erwachsenen sind solche Behandlungen verboten, wenn die Betroffenen über den therapeutischen Nutzen der Behandlung getäuscht oder nicht hinreichend über Risiken und die nicht bewiesene Wirksamkeit aufgeklärt worden sind. Solche missbräuchlichen Fälle wurden vermehrt von Betroffenen geschildert. Auch jedes Werben, Anbieten und Vermitteln von „Konversionstherapien“ ist künftig untersagt und wird strafrechtlich sanktioniert.

Denn es ist nicht die sexuelle Orientierung, die Menschen krank macht. Was viel eher therapiebedürftig werden kann, sind die Folgen, die aus den Diskriminierungen entstehen können, denen Schwule und Lesben häufig ausgesetzt sind. Und dafür bietet unser Gesundheitssystem eine Vielzahl an seriösen Beratungs- und Therapiemöglichkeiten an.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

